

Dresden, den 26.03.2016



Pressemitteilung

Landesschülerrat Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden
presse@lsr-sachsen.de

„Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung“

Der LandesSchülerRat Sachsen freut sich über die Erkenntnis der sächsischen Kultusministerin Brunhild Kurth, dass das Feld der politischen Diskussionen in Schulen in den letzten Jahren zu wenig fokussiert worden ist. Der LSR-Vorsitzende Friedrich Roderfeld dazu: „Seit langem weist der LandesSchülerRat Sachsen immer wieder darauf hin, dass die politische Bildung und die damit einhergehende politische Debattenkultur an sächsischen Schulen viel zu wenig ausgeprägt ist. Erfreulich ist, dass die Kultusministerin nun auch so sieht, denn Einsicht ist der erste Schritt zur Besserung. Aus unserer Sicht ist es damit aber noch lange nicht getan, allein gute Worte helfen noch keinem. Freiraum für aktuelle Debatten ist in den Lehrplänen kaum zu finden. Um diese führen zu können, müssen oft Abstriche in Lehrpläneinheiten gemacht werden. Dieses Problem verschärft sich noch zusätzlich wenn ein Lehrer für mehrere Tage krankgeschrieben ist.“

Nach Auffassung des LandesSchülerRat sind mehr politische Diskussionen nur mit einer Neukonzeptionierung des GRW/GK-Unterrichtes in Sachsen möglich. Dazu braucht es neben einer Erhöhung der Stundenzahl auch eine höhere Qualität des eigentlichen Unterrichtes. Diese Qualität hängt maßgeblich vom Lehrer ab, doch dieser hat oft nicht den nötigen Freiraum, um offen und ausreichend über politische Themen zu diskutieren. Um diesen Freiraum zu garantieren, braucht es neben Fortbildungen der Fachlehrer auch einen entschlackten Lehrplan und das Vorziehen des Faches um ein Schuljahr. Das würde für Oberschulen und Gymnasien bedeuten, dass GRW/GK ab Klasse 8 unterrichtet wird. Kunst und Musik würden an Oberschulen dafür nur noch im Wechsel stattfinden, an Gymnasien würde Musik auf eine Stunde pro Woche reduziert werden.

Roderfeld weiter dazu: „Statt guter Worte sind echte Änderungen vonnöten. Politik und deren Entscheidungen gehen schließlich uns alle etwas an. Ein differenzierter, umfangreicherer Politikunterricht an Sachsens Schulen, in dem man auch mal den Lehrplan beiseite schieben kann, um über Dinge zu reden die gerade innerhalb unserer Gesellschaft eine große Rolle spielen, ist deswegen enorm wichtig. Die frühe Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft klärt auf, beseitigt Vorurteile und regt dazu an, sich eine eigene, differenzierte Meinung

Dresden, den 26.03.2016



Pressemitteilung

Landesschülerrat Sachsen
Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden
presse@lsr-sachsen.de

zu bilden und leistet damit einen entscheidenden Beitrag, junge Menschen zu mündigen Staatsbürgern zu machen. Die meisten jungen Menschen sind nicht politikverdrossen, vielen fehlt aber die Motivation sich selbstständig mit solchen Themen auseinanderzusetzen. Schule muss deshalb gerade in diesem Bereich Diskussion und Meinungsbildung fördern, dadurch wirkt man langfristig auch der sinkenden Wahlbeteiligung entgegen.“

Mittelfristig fordert der LandesSchülerRat eine Erhöhung der Stundenzahl von GRW/GK auf bis zu drei Stunden pro Woche. Eine zusätzliche Stunde dieses Faches würde politische Diskussionen ermöglichen, und die Möglichkeit einräumen sich intensiver mit bestimmten Themen zu befassen, bspw. indem man sich vor einer anstehenden Wahl mit Positionen von Parteien auseinandersetzt. Wichtig bleibt dabei natürlich immer die Neutralität des unterrichtenden Lehrers.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Leonard Kühlewind, per E-Mail an leonard.kuehlewind@lsr-sachsen.de.